

Geltung qua Verständlichkeit – kommunikative Anforderungen in der Auseinandersetzung mit dem Finanzkapitalismus

von Ernst Dieter Rossmann und Tim Rohardt



Foto: www.photocase.de, © christkuddl | ZWEIFSAM

Die Geltung einer Ordnung und ihre soziale Verwirklichung kommen laut Habermas über so genannte Geltungsansprüche zustande. Die Frage ist, was jeweils als legal, legitim, wahrhaftig, wahrheitsgemäß und verständlich *gilt* und damit leichter in Praxis übersetzt werden kann.

Geltungsverlust entsteht durch innere Widersprüche

In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, die Linke in den verschiedenen Parteien, aber auch im öffentlichen Diskurs aktuell führen, lässt sich diagnostizieren, dass die fehlende Finanzmarktregulierung, wie sie gegenwärtig immer noch besteht, zwar noch legal ist, aber nicht mehr als legitim erlebt wird. Die inneren Mechanismen und Prozesse der Finanzwirtschaft, wie sie sich im gierigen Kapitalismus der Moderne von der Realwirtschaft abgekoppelt hat, als verständ-

lich zu bezeichnen, wird sich auch niemand außerhalb dieser Parallelwelten trauen. Im Gegenteil: Selbstschutz des Systems durch Verschleierung und Intransparenz hat hier Platz gegriffen.

Und auch Geltung qua Wahrhaftigkeit und Wahrheit stellt sich nicht mehr her, wenn man die Spekulationswellen gegen die Europäischen Staaten durch die Finanzmärkte verfolgte. Fast könnte man meinen, in einem unbewussten Durchbruch von Wahrhaftigkeit demonstriert die Logik der maximalen Profitorientierung ihre Wahrheiten derart, dass die dahinter stehende Ordnung nur noch zwingend als illegitim aufgefasst werden kann. Die Realität der gegenwärtigen Strukturen und Wirkungen des Finanzkapitalismus ist damit vordergründig mächtiger, als dass diese Realität noch durch einen Geltungsanspruch nach Habermas abgedeckt und nachhaltig gesichert würde.

Nachhaltige Beruhigung kann es ohne kurzfristige Unruhe nicht geben

Was in dieser Form an inneren Widersprüchen zerbricht, verlangt selbst in seiner Implosion noch nach neuen Geltungsansprüchen. Die können allerdings nicht darin liegen, dass die vordergründige Beruhigung der Finanzmärkte das sinnstiftende Kriterium für politisches Handeln ist. Denn deren Logik liegt ja gerade darin, sich immer wieder neu auf Kosten der Mitspieler am Casinotisch des Finanzkapitalismus mit Rückversicherung durch die Allgemeinheit in Unruhe zu versetzen und aus dieser ständigen Unruhe von „Baisse“ und „Hausse“, jetzt auch mit zunehmenden Zinspekulationen gegen Staaten und ihre Finanzierung, kontinuierlichen Gewinn zu ziehen.

Wenn also schon Beruhigung ein Ziel einer alternativen Politik sein soll, muss sie mit dieser Systemlogik schrittweise brechen und eine andere Beruhigung vorantreiben, die sich im Verständnis und Ziel von politischer Ökonomie wie in den Mitteln und Instrumenten allerdings fundamental von den „Erwartungen der Märkte“ an Sicherheit unterscheidet. Der Fiskalpakt, wie er jetzt verabschiedet werden soll zeigt diese Spannung auf und die neue Realität der Diskussion dreht sich gar nicht mehr um „das Verschulden“ der Krise durch die Finanzmarktakteure, sondern „die Schulden“ der Staaten.

So kann keine Sicherheit für die Arbeitseinkünfte und Ersparnisse der Arbeitnehmer und ihrer Familien, Sicherheit für die Finanzierung von realwirtschaftlicher Wertschöpfung und Sicherheit für die Staaten beim Aufbau und der Entwicklung ihrer öffentlichen Infrastruktur, von Bildung, Forschung, Nachhaltigkeit bei Energie und Umwelt entstehen. Das aber sind die linken Alternativen zu den Erwartungen an eine immerwährende Zins-, sprich Gewinnmaximierung des Finanzkapitals.

Dass dieser Kampf der Interessen um den Geltungsanspruch eines neuen Verhältnisses

von Realwirtschaft zu Finanzwirtschaft höchst „unruhig“ und höchst krisenhaft geführt werden wird, bedarf keiner großen Phantasie. Kurzfristige Ruhe im Kampf um mehr nachhaltige Ruhe sollte die Linke denn auch nicht versprechen, wenn sie nicht von vornherein das Gewicht ihrer Geltungsansprüche schwächen will.

Die Transaktionssteuer als Top-Runner von linker Entschleunigung und Regulierung

Und was heißt das für den instrumentellen Aufbau einer neuen Geltungsordnung von links? Allein für die letzten Monate müssen wir hierbei vier wesentliche Konzepte reflektieren, mit denen die Linke den irrlichternden Konsens von reiner Anpassungspolitik durchdringen konnte und denen wir durchschlagende Wirkung als Instrumente gegen die destruktiven Beschleunigungsstrukturen des Finanzkapitalismus zugesprochen haben und für die wir mehr Geltungsanspruch erreichen müssten: Transaktionssteuer, Euro – Bonds, Regulierung der Finanzmärkte und Aktivierung der Europäischen Zentralbank.

Wirklich durchgestanden hat bis jetzt nur die Transaktionssteuer. Weshalb? Auch wenn die Tobin – Steuer über Jahrzehnte diskriminiert und verworfen worden ist, hat die Diskussion hierzu den Boden für die Transaktionssteuer bereitet. Mit dem Instrument der Börsenumsatzsteuer, einer Teilmenge einer Transaktionssteuer, gibt es bereits positive Erfahrungen, selbst in den Zentren des Finanzmarktkapitalismus wie London, was auch Realitätsnähe vermittelt. Schließlich lässt sich die Widersprüchlichkeit der Erhebung von Mehrwertsteuern auf alle Geschäfte, nur nicht auf Finanzgeschäfte, nicht mehr länger kaschieren. Dafür ist diese Widersprüchlichkeit zu groß, zumal eine immer stärkere Besteuerung von realer Arbeit und Umwelt und einer immer geringer werdenden Heranziehung von Kapitalhandel und Kapitalerträgen zum allgemeinen Steueraufkommen sich nicht mit der neu ge-

wachsenen Anerkennung von Realwirtschaft gegenüber der Finanzwirtschaft verträgt und die Einführung einer Besteuerung im bislang nur marginal besteuerten Finanzsektor auch noch Perspektive hat.

Wo sollen die Steuereinnahmen der Zukunft in einer globalisierten Wirtschaft denn konsistenter gewonnen werden, wenn nicht von einem der mächtigsten Treiber und Nutznießer der Globalisierung, der dynamisch gewachsenen Finanzwirtschaft, die jenseits aller zu bekämpfenden und einzuschränkenden spekulativen Elemente, die aktuell noch dominieren, natürlich in der Zunahme von währungsüberschreitendem Warenverkehr und globalen Investitionen auch eine dienende Rolle für die globale Realwirtschaft spielt und noch stärker spielen wird. Auch dürfte es kein Zufall sein, dass supranationale Gebilde wie die EU mit ihrer einzigartigen Konstruktion auf die Transaktionssteuer als erste eigenständige Einnahmequelle ins Auge fassen. Moderne Systeme suchen sich eben auch moderne zukunftsträchtige Steuern.

Schließlich ist der geringe Prozentsatz von 0,05 oder 0,1 Prozent an jeder Transaktion nicht dazu angetan, schon von der kleinen Zahl her den kleinen Sparern Angst einzujagen, zumal Freistellungsansprüche auch aus anderen Steuerbereichen bekannt sind. Und die semantische Abwehrfront, an der bestverdienende Fondsmanager kämpfen, wenn sie die Allianz der Kleinsparer alias Riester – Sparer und der Großsparer alias Milliardenanleger beschwören, hält auch nicht mehr dem Alltagswissen der Menschen stand. Dazu fehlt diesen Apologeten des gescheiterten Neoliberalismus in seiner brutalstmöglichen Form die nötige Glaubwürdigkeit in ihren Beschönigungen und Verkleisterungen, als dass sie damit einen allgemeinen Geltungsanspruch definieren könnten. Wichtig ist sicherlich auch, dass die Transaktionssteuer deshalb Geltung erreicht hat, auch ohne dass sie bisher Realität geworden wäre, weil sie verständlich ist,

erklärt als kleine Umsatzsteuer einfach, plausibel, gut. Und wer mit dem Wort der Transaktion Schwierigkeiten hat, kann jedenfalls sehr schnell mit dem Hinweis auf eine überfällige „Finanz – Umsatzsteuer“, eben die Transaktionssteuer, gewonnen werden.

Die Zentralbanken als letzte Reserve und Brandmauer: Aussichten für mehr Deutungshoheit von links

Die anderen bisher propagierten Instrumente, die gegen den auswuchernden Finanzkapitalismus als Geltungsbegriffe in Stellung gebracht werden, sind dagegen schon wesentlich komplizierter zu erklären. Euro – Bonds, Blue – Bonds, Red Bonds, konditionierte Bonds: Einfachheit geht jedenfalls anders und gegen eine Diffamierung als Vergemeinschaftung von Schulden müssen die Vorteile einer gemeinschaftlichen Aufnahme von Krediten erst einmal über einen langen Prozess hin argumentativ unterfüttert und populär gemacht werden. Und auch die Forderung nach einem Trennbankensystem setzt differenziertes Fachwissen voraus und bringt anspruchsvolle Probleme der Definition einzelner Bankgeschäfte mit sich.

Das gilt in gleicher Weise für die vielen in sich und an sich richtigen Punkte aus der Regulierung der Finanzmärkte, wie sie schon seit langem diskutiert worden sind und in Deutschland von Helmut Schmidt bis Peer Steinbrück in die Debatte gebracht worden sind. Wirkungsmächtig waren tatsächlich statt den Forderungen z.B. nach einem Verbot der Leerverkäufe oder der Einschränkung von CDS (Credit Default Swaps) eher gut gesetzte Begriffe wie „Raubtierkapitalismus“ (Helmut Schmidt) oder „Heuschrecken“ (Franz Müntefering), Begriffe, die durch ihre Anschaulichkeit ansprechen konnten und können und politische Phantasie beflügeln. Die martialisch – militärische Semantik von Schutz- und Brandmauern, unbegrenzter Feuerkraft etc., die aktuell Einzug in die Debatte um die Rol-

le von staatlichen Zentralbanken und ihren Auftrag wie ihre Leistungsfähigkeit in der Niederschlagung von Währungskrisen und Spekulationswellen gehalten hat, bietet einen entsprechenden Ansatzpunkt, an dem eine linke Agenda ansetzen kann. EFSF und ESM in allen Varianten sind jedenfalls nicht so eingängig wie das Konzept einer öffentlichen Zentralbank als letzter Instanz, die Währungen schützt, Zinsen begrenzt, Garantien gibt, Wirtschaftskraft sichert und Wachstum fördert. Natürlich bedarf es gegen den Mythos von der politischen Unabhängigkeit von Zentralbanken gerade in Deutschland einen linken Diskurs. Aber das Bild vom „Währungshüter“, der eben auch „Wachstumshüter“ zu sein hat, ist eingängig genug, dass sich hieran ein starker Geltungsanspruch politisch knüpfen lässt.

Die Menschen brauchen Begriffe, mit denen sie aus innerer Überzeugung und mit einem Mindestmaß an Selbstbewusstsein sprechen können, wenn Deutungshoheit in der Masse gewonnen werden soll. Frei nach Ludwig Wittgenstein: „Wovon man nicht sprechen kann, darüber sollte man schweigen“. Wo es keine anschlussfähigen Bilder und Begriffe gibt, lassen sich komplexe Zusammenhänge in der Masse nicht begreifen und nicht anders denken. Um anderes denkbar zu machen, muss sich eine linke Alternative mit Geltungsanspruch deshalb nicht erst an letzter Stelle auch verständlich machen wollen, sondern vielmehr Verständlichkeit als Schlüsselpunkt von Partizipation und Emanzipation begreifen. Denn ohne Verständlichkeit keine Aussicht auf Geltung: Dies ist in der politischen Auseinandersetzung um die Transformation des Finanzkapitalismus mehr als eine Trivialität.

Der Ökonomismus als Trojaner zum Eindringen in andere Lebenswelten

Im Übrigen: „Wer nur noch in der Sprache der Gegner reden kann, kann jedenfalls kein anderes Denken und Handeln erzeugen.“ Der Geltungsanspruch der Profitabilität hat es

hier schon zu einer beängstigenden ökonomischen und gesellschaftlichen Dominanz gebracht. „Dass sich etwas rechnet“, ist mittlerweile das Kriterium, nach dem nicht nur im Teilsystem der Wirtschaft, sondern auch im Teilsystem des Sozialen, der Bildung bis hin zur Familie entschieden wird. Die Sprache der Ökonomie dringt wie ein Trojaner in alle Lebenswelten ein. Ob aus Zwang oder in modernistischer Anpassung haben im Fahrwasser der entfesselten Finanzmärkte und deren ideologische Durchdringung der öffentlichen Kommunikation auch Betriebe mit rein sozialen bzw. öffentlichen Zwecksetzungen die Sprache und Handlungsmaxime des Kapitals übernommen. Das gilt ebenso für an sich gemeinnützige Vereine und Verbände, die die Logik der Profit-Center-Rechnung übernommen und institutionell festgeschrieben haben. So finden sich viele Akteure in der Ambivalenz so genannter Sozialmanager, die zwei Dinge parallel zu erledigen angehalten sind: Soziale Dienstleistungen im Rahmen eines oft vorgeblichen Qualitätsmanagements an den „Klienten“ zu bringen und gleichzeitig betriebswirtschaftliche Budgetkontrolle zu betreiben, völlig unabhängig davon, was das für die Betroffenen bedeutet.

Die Folgen, wenn Gesellschaften insgesamt diesem ökonomischen Paradigmenwechsel vollständig erlegen sind, lassen sich in ihrer reduzierten Wohlfahrt, dem Mangel an Solidarität und Gerechtigkeit und dem Verlust an persönlicher Freiheit und gesellschaftlichem Frieden und Souveränität besichtigen. Es führt eben eine gerade Linie von der Reduktion auf das rein ökonomische Prinzip zur reduzierten Persönlichkeit und restringierten Gesellschaft. ■

☞ Dr. Ernst Dieter Rossmann ist Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der Parlamentarischen Linken.

☞ Tim Rohardt ist Politikwissenschaftler und Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Parlamentarischen Linken.